

Reichspogromnacht

– ein Naziverbrechen mahnt!



Wer am 9. November 1938 in Nazideutschland lebte, konnte nie mehr sagen, er habe nichts gesehen und nichts gehört. Vor aller Augen zerstörten die Nazis in der sogenannten „Kristallnacht“ Geschäfte und Synagogen, zündeten sie an, hetzten in abscheulicher Weise gegen Juden, entrechteten, enteigneten und entwürdigten sie, zwangen sie zum Verlassen ihrer Wohnungen. Im ganzen damaligen Deutschen Reich geschah das – auch in den Städten und Gemeinden Badens, Württembergs und Hohenzollerns, wo immer es einen jüdischen Bevölkerungsanteil gab. Es war der unübersehbare Auftakt zum späteren Holocaust, der Shoah – der industriemäßig organisierten Menschenvernichtung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden aus ganz Europa. Und es war der generalstabsmäßige Test der Mord- und Kriegsbereitschaft der Deutschen. Keine zehn Monate später begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg, der über 50 Millionen Tote forderte.

Die Nazis wählten für ihr Judenpogrom nicht zufällig den 20. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution. 1938 hatten sie sich bereits Österreich angeeignet. Im „Münchener Abkommen“ vom 30. September 1938 hatten die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs der Abtretung des Sudetengebiets zugestimmt, um die Aggression Hitlerdeutschlands Richtung Osten gegen die Sowjetunion zu lenken. Damit wurde die dem „Großdeutschen Reich“ benachbarte Tschechoslowakei zerstückelt und wehrlos gemacht. Spätestens ab da glaubten die Nazis, sich in der Innen- und Außenpolitik alles erlauben zu können. Den „Führer“ bejubelnde Massen gehörten stets zur Kulisse.

Zur Erinnerung: Am 30. Januar 1933 wurden die Hitlerfaschisten durch Reichspräsident von Hindenburg an die Macht gehievt, im Auftrag der reaktionärsten politischen Kreise, der Reichswehr und namhafter Repräsentanten der Hochfinanz und Großkonzerne. Die waren dann auch die Hauptprofiteure und Nutznießer von Aufrüstung und anschließendem Eroberungskrieg. Bereits im März 1933 wurde die KPD verboten und wenig später die SPD, die Gewerkschaften und alle Organisationen der Arbeiterbewegung. Ihre Funktionäre und Aktivisten wurden zu Tausenden ermordet, Zehntausende in Zuchthäuser und KZs geworfen, Hunderttausende in die Emigration getrieben. Dieser blanke Terror der Nazis hatte seine Wirkung nicht verfehlt: Die große Mehrheit des Restes der deutschen Bevölkerung war eingeschüchtert, ließ sich gleichschalten ... Die Parteigänger der Nazis triumphierten...

Diese Ereignisse dürfen nicht in Vergessenheit geraten. An vielen Orten finden Gedenkveranstaltungen statt. Auch wir von der DKP unterstützen dies mit ganzer Kraft.

Ja, im Nazi-Reich gab es auch weiterhin Mutige, die sich als Minderheit dem Terror und der Hetze aktiv entgegen stellten – aus menschlichem Anstand, Solidarität und Mitgefühl, aus religiösen Wertvorstellungen, aus politischer Überzeugung. Organisierten Widerstand, mit großen Opfern, leistete die in den Untergrund getriebene Kommunistische Partei Deutschlands. Illegal verbreitet wurde beispielsweise ihre Erklärung „Gegen die Schmach der Judenpogrome ... die vor der gesamten Menschheit die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt haben“. Der Text war ein Aufruf zu menschlicher Hilfe. Er prangerte die Verantwortung der Nazis für die Aktionen der Pogromnacht an und ihr Ziel, „den wachsenden Volkszorn gegen die nationalsozialistische Diktatur, gegen die wahnsinnige Ausplünderung des ganzen deutschen Volkes zu Gunsten der Rüstungsmillionäre und der korrupten Nazibonzen abzulen-

Titel eines im November 1938 von der illegalen KPD in Deutschland verbreiteten Flugblatts

Die Rote Fahne
Gegen die Schmach der Judenpogrome!

ken auf Unschuldige mit dem Ruf „Der Jud ist schuld!“ Und weiter heißt es: „Die Befreiung Deutschlands von der Schande der Judenpogrome wird zusammenfallen mit der Stunde der Befreiung des deutschen Volkes von der braunen Tyrannei.“

Das war die Haltung der damaligen KPD. Leider kam die Befreiung nicht – wie sie hoffte – viel früher aus der Mitte des organisierten deutschen Widerstands, sondern erst am 8. Mai 1945 von außen, durch die Alliierten der Antihitlerkoalition, vor allem durch die Rote Armee. Die Antifaschisten zogen daraus die Lehre: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Von deutschem Boden darf nie mehr Krieg ausgehen! Lassen wir nicht zu, dass das heute in Vergessenheit gerät!

Allerdings wurde nach 1945 im Westen Deutschlands - nach einer kurzen Phase der „Entnazifizierung“ – unter dem Einfluss der Westmächte im „Kalten Krieg“ gegen die Sowjetunion sehr bald die Macht und der Einfluss der alten Wirtschafts- und politischen Eliten restauriert. Die meisten Nazigrößen blieben in Amt und Würden. Als antikommunistische Bündnispartner waren sie wieder hochwillkommen!

So sind es heute im Grundsatz die gleichen Kräfte und Mächte, die das Wiederaufkommen von Neonazis und Rassisten mindestens wohlwollend dulden oder sogar direkt durch staatliches Handeln fördern – etwa durch V-Leute und Polizeischutz für Nazi-Aufmärsche.

Wieder einmal – wie 1920-1933 – sollen faschistische Banden mit nationalistisch-fremdenfeindlichen Parolen von den wirklichen Ursachen der kapitalistischen Wirtschaftskrise und ihren asozialen Folgen ablenken. Zugleich sollen linke Organisationen und Aktivisten eingeschüchert werden.

Das Erinnern an den 9. November 1938 verpflichtet uns heute in besonderer Weise, allen Naziaktivitäten entgegen zu treten. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Es gibt kein Recht auf Nazi-propaganda! Die wurde nach 1945 mit Recht verboten (Art.139 Grundgesetz). Wehren wir uns, wenn sie wieder auf die Straße getragen wird.

Setzen wir uns dabei ein für breiteste Bündnisse ohne Ausgrenzung. Antifaschismus ist kein „Extremismus“! Antifa-Jugendgruppen sind keine randalierenden Fußballfans, sondern ein Teil gelebter Demokratie. Das muss auch das Handeln der Polizei bestimmen.

Offen gegen Juden zu hetzen, trauen sich die heutigen Nazis nur selten. Umso unverschämter ist ihre Hetze gegen Sinti und Roma, Muslime, Migrantinnen und Migranten, Asylsuchende, in die Arbeitslosigkeit Getriebene, Menschen anderer Hautfarbe und mit anderer sexueller Orientierung. Und natürlich gegen alle politisch Andersdenkenden. Wehren wir allen Versuchen, solches Gedankengut in der „Mitte der Gesellschaft“ salonfähig zu machen!



Nazi-Transparent am 1. Mai 2011 in Heilbronn. Trotz des offensichtlich verfassungswidrigen Inhalts schritt die Polizei nicht ein.

Gerade an diesem Tag hätte sie das auch deshalb tun müssen, weil die Landesverfassung bestimmt, dass der gesetzliche Feiertag 1. Mai „dem Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Völkerverständigung“ dient (1953 auch mit den Stimmen der KPD von der Verfassungsgebenden Landesversammlung beschlossen).

Stattdessen wurden Gewerkschafter/innen und andere Antifaschist/innen, die gegen diesen Spuk protestierten, am 1.5.2011 bis zu elf Stunden vor dem Heilbronner Hauptbahnhof eingekesselt.

Foto umseitig (Hintergrund): Die von den Nazis angezündete Synagoge in Tübingen, November 1938

- Verbot der NPD und aller anderen Nazigruppen!
- Schluss mit jeder staatlichen Unterstützung und Finanzierung von Naziaktivitäten, auch über sogenannte „V-Leute“!
- Volle Aufklärung über alle Verstrickungen des „Verfassungsschutzes“ und der Polizei in den sogenannten „NSU“ und seine Mordserie! Auch und gerade hier in Baden-Württemberg!
- „Verfassungsschutz“ auflösen!


DKP
www.dkp-bw.de